


	<p>SuedOstLink - BBPlG Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a -</p>	  SUEDOSTLINK Baustellenmanagement
	<p>Abschnitt A2 Sachsen-Anhalt Süd/ Thüringen Nord</p> <p>Unterlagen gemäß § 21 NABEG</p>	<p>Das Vorhaben Nr.5 im SuedOstLink ist von der Europäischen Union gefördert; sie haftet nicht für die Inhalte.</p>  Kofinanziert von der Fazilität „Connecting Europe“ der Europäischen Union
<p style="text-align: center;">Teil A1.3 Erläuterungsbericht zum Deckblatt II DECKBLATT II</p>		
<p>Festgestellt nach § 24 NABEG</p> <p>Bonn, den</p>		

Ersteller: ARGE CIB / FUGRO

Dok.: SOL_ING_A2_21000_ELB_0001_Erlaeuterungsbericht_00_F

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis.....	3
Abbildungsverzeichnis.....	4
Anlagen	5
1 Einleitung.....	7
1.1 SuedOstLink.....	7
1.2 Einordnung der Unterlage	7
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments	7
2 Genehmigungsrechtliche Einordnung.....	8
2.1 Vorausgegangene Planungsschritte.....	8
2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG	8
2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG	8
2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG	8
2.1.4 Ablauf und Ergebnis der Erörterungstermine nach § 22 Absatz 6 NABEG	8
2.2 Rechtliche Grundlagen	8
3 Beschreibung der geänderten Planungen.....	9
3.1 Veranlassung	9
3.1.1 Trassierungsänderungen	9
3.1.2 Kabelbezogene Änderungen	9
3.1.3 Querungen.....	9
3.1.4 LBP-Maßnahmenblätter	10
3.1.5 Entwässerung	10
3.1.6 Rechtserwerb	10
3.2 Kennzeichnung	10
3.3 Planungsänderungen	10
3.3.1 Änderungen Trassierungstechnik sowie Entwässerung.....	11
3.3.2 Umweltauswirkungen der Änderungen	15
3.3.3 LBP-Maßnahmenblätter	15
3.3.4 Rechtserwerb	15
Abkürzungsverzeichnis	17

Tabellenverzeichnis

Nicht vorhanden

Abbildungsverzeichnis

Nicht vorhanden

Anlagen

Nicht vorhanden

In diesem Dokument wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.

1 Einleitung

1.1 SuedOstLink

Der SuedOstLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes. Es besteht aus den Vorhaben Nr. 5 sowie dem Vorhaben Nr. 5a (südlicher Teil) gemäß Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG). Beide Vorhaben sind Leitungen zur Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung und werden mit einem Erdkabelvorrang geplant.

Das Vorhaben Nr. 5 verläuft von Wolmirstedt bei Magdeburg in Sachsen-Anhalt bis Isar in Bayern. Das Vorhaben Nr. 5a ist eine Verbindung vom Netzverknüpfungspunkt Klein Rogahn/Stralendorf/Warsow/Holthusen/Schossin bis Isar in Bayern. Vom Landkreis Börde bis Isar erfolgt in räumlicher Nähe eine gemeinsame Verlegung beider Vorhaben.

SuedOstLink besteht aus den Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a (südlicher Teil) BBPI, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) gestellt wurden. Die Vorhabenträger haben gemäß § 26 Satz 2 NABEG eine einheitliche Entscheidung in den Planfeststellungsverfahren gemäß § 24 NABEG für die Abschnitte der beiden genannten Vorhaben zwischen dem Landkreis Börde und Isar beantragt. Die vorliegenden Unterlagen umfassen daher die Vorhaben Nr. 5 sowie Nr. 5a. Für den nördlichen Bereich des Vorhabens Nr. 5a erfolgt ein eigenes Bundesfachplanungs- und Planfeststellungsverfahren. Der südliche Bereich des SuedOstLink (Landkreis Börde bis Isar) umfasst neun Planfeststellungsabschnitte.

Das Vorhaben Nr. 5 beinhaltet die Herstellung einer Kabelanlage mit einem Kabelsystem, bestehend aus zwei Erdkabeln mit einer Leistung von 2 Gigawatt (GW) und Nebenanlagen sowie einer zusätzlichen für den Betrieb notwendigen Anlage, der Konverterstation. Nebenanlagen sind die Kabelabschnittsstationen (KAS), Kabelübergangsstationen (KÜS) und die Kabelmonitoringstationen (KMS) sowie Oberflurschränke. Die Verlegung der Gleichspannungskabel erfolgt in Kabelschutzrohren (KSR). In Abschnitt A1 erfolgt in geringem Umfang auch eine Umsetzung als Freileitung mit den zugehörigen Anlagenteilen wie z. B. Freileitungsmasten.

Im Rahmen des Vorhabens Nr. 5a erfolgt zur Erweiterung der Übertragungsleistung um weitere 2 GW (insgesamt 4 GW) die Verlegung einer zusätzlichen Kabelanlage mit einem Kabelsystem. Sie besteht ebenfalls aus zwei Erdkabeln, verlegt in Kabelschutzrohren, sowie der erforderlichen Konverterstation und den bereits beschriebenen Nebenanlagen. Im Bereich vom Landkreis Börde bis Isar, in dem in räumlicher Nähe verlegt wird, erfolgt ein zeitnahe Tiefbau und Kabelzug.

Für weitergehende Informationen zu SuedOstLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 1ff im Teil A1 Erläuterungsbericht der Unterlagen gemäß § 21 NABEG verwiesen.

1.2 Einordnung der Unterlage

Das vorliegende Dokument „Erläuterungsbericht zum Deckblatt II“ ist Bestandteil der geänderten Unterlagen gemäß § 22 Absatz 7 NABEG bzw. § 73 Absatz 8 VwVfG und §22 UVPG für SuedOstLink im Planfeststellungsabschnitt A2.

1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokumentes ist eine Beschreibung der zwischenzeitlich vorgenommenen Planänderungen, die unter dem Deckblatt II zusammengefasst werden.

2 Genehmigungsgesetzliche Einordnung

2.1 Vorausgegangene Planungsschritte

2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG

Der VHT hat den Plan und die Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt A2 am 31.07.2023 bei der Bundesnetzagentur (BNetzA) eingereicht.

2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG

Die BNetzA hat die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen gemäß § 21 NABEG geprüft und die Vollständigkeit am 31.08.2023 gegenüber dem VHT bestätigt.

2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG

Die BNetzA hat nach Bestätigung der Vollständigkeit die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) und der Öffentlichkeit vorbereitet. Die Unterlagen wurden den TÖB in digitaler Form jeweils auf einem Datenträger am 13.09.2023 zugesandt. Die TÖB wurden zugleich gemäß § 22 Absatz 2 NABEG zur Stellungnahme aufgefordert. Für die Rückmeldung der Stellungnahmen der TÖB an die BNetzA wurde eine Frist bis zum 17.11.2023 gesetzt. Einzelnen Trägern öffentlicher Belange wurde auf Antrag eine maximale Fristverlängerung bis zum 01.12.2023 gewährt.

Die BNetzA hat weiterhin gemäß § 22 Absatz 3 NABEG die Auslegung auf der Internetseite der BNetzA und in den örtlichen Tageszeitungen bekanntgemacht. Anschließend wurde die Auslegung der Planfeststellungsunterlagen zum Zweck der Öffentlichkeitsbeteiligung veranlasst, in dem die BNetzA die Unterlagen auf ihrer Internetseite (www.netzausbau.de) veröffentlicht hat. Die Auslegung erfolgte vom 18.09.2023 bis 17.10.2023. Gemäß § 22 Absatz 4 NABEG konnte jede Person und Vereinigung, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, schriftlich oder elektronisch bei der BNetzA Einwendungen gegen den Plan erheben. Die Einwendungsfrist endete am 17.11.2023.

2.1.4 Ablauf und Ergebnis der Erörterungstermine nach § 22 Absatz 6 NABEG

Im Planfeststellungsabschnitt A2 wurde am 20.03.2024 ein Erörterungstermin gemäß § 22 Abs. 5 i.V.m. § 10 NABEG durchgeführt.

2.2 Rechtliche Grundlagen

Der SuedOstLink (SOL) besteht aus dem Vorhaben Nr. 5 BBPIG sowie dem südlichen Bestandteil des Vorhabens Nr. 5a BBPIG. Aufgrund der Kennzeichnung als länderübergreifende Leitung im BBPI fällt der SOL gem. § 2 Abs. 1 NABEG in den Anwendungsbereich des NABEG. Die BNetzA ist nach § 1 Nr. 1 PlfZV zuständig für das Planfeststellungsverfahren.

Werden bereits ausgelegte Unterlagen geändert und wird dadurch eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 22 UVPG notwendig, sind § 22 Abs. 1 bis 6 NABEG gem. § 22 Abs. 7 Satz 1 NABEG nach Maßgabe von § 22 Abs. 7 Satz 2 bis 4 NABEG anzuwenden.

Erfordert die Änderung des ausgelegten Plans keine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 22 UVPG, richtet sich das Verfahren nach § 73 Abs. 8 VwVfG.

Die Regelungen in § 76 VwVfG i.V.m. § 18 Abs. 5 NABEG i.V.m. § 43d EnWG sind vorliegend nicht einschlägig. Nach § 76 Abs. 1 VwVfG bedarf es eines neuen Planfeststellungsverfahrens, wenn vor Fertigstellung des Vorhabens der festgestellte Plan geändert werden soll. Dies ist vorliegend nicht der Fall; der Plan für den Abschnitt A2 des SOL ist noch nicht festgestellt.

3 Beschreibung der geänderten Planungen

3.1 Veranlassung

Im Zuge der technischen Detailplanung sind im Abschnitt A2 Überarbeitungen aus den nachfolgend aufgelisteten Themenschwerpunkten gegenüber der eingereichten Planfeststellungsunterlagen vorgenommen worden.

- Trassierungsänderungen
- Kabelbezogene Änderungen
- Querungen
- LBP-Maßnahmenblätter
- Entwässerung
- Rechtserwerbsplan / Rechtserwerbsverzeichnis

Die übergeordnete Zielsetzung, auf deren Basis die Überarbeitungen hervorgehen, ist die Berücksichtigung von Einwendungen und Erörterungen und die damit verbundene Verringerung des Klagerisikos. Darüber hinaus wurden Überarbeitungen der ursprünglichen und eingereichten Planfeststellungsunterlagen auf Grund von fortgeschrittenen Erkenntnissen aus der Ausführungsplanung sowie zur Sicherstellung der Baubarkeit erforderlich.

3.1.1 Trassierungsänderungen

In den Bereichen der beantragten Kreuzungsbauwerke A2_027, A2_121 und A2_123 wurden geringfügige Trassierungsänderungen vorgenommen. Grund für die Lageverschiebungen der Leiterachse bei A2_027 und A2_121 sind Restriktionen der DB Netz AG.

Die Trassierungsänderung bei Kreuzungsbauwerk A2_123 steht in Verbindung mit der Änderung der Bauweise ebenjener Kreuzung von geschlossen zu offen. Sie beruht auf der fortgeschrittenen Ausführungsplanung bzw. der Erkenntnis, dass östlich des bisher beantragten Verlaufs der Vorzugstrasse ausreichend Platz vorhanden ist, um den dort zu querenden, verrohrten Grabenabschnitt mit beiden Vorhaben in offener Bauweise zu kreuzen. Die Stationierung des Umtrassierungsbereiches bei Kreuzungsbauwerk A2_123 lautet km R0+000 bis R0+482 und entspricht Trassenkilometer km 43+160 bis km 43+450.

3.1.2 Kabelbezogene Änderungen

Im Vergleich zur bisher beantragten Planung werden auch kabelbezogene Änderungen vorgenommen, die insbesondere Anpassungen von Muffengruben und -standorten, Umpositionierung von Oberflurschränken und mehrere Zuwegungen zu Abtrommelplätzen betreffen. Außerdem ist in einem Abschnitt die Erweiterung des Arbeitsstreifens notwendig, um einen Oberflurkabelzug zu realisieren.

Während Muffenstandorte auf Grund neuer Erkenntnisse durch die fortgeschrittene Planung räumlich verschoben wurden, beruhen die Änderungen von Standorten von Oberflurschränken auf einer erhöhten Akzeptanz der Flächeneigentümer infolge einer im Vergleich zur beantragten Planung geringeren dauerhaften Flächeninanspruchnahme. Zum Zeitpunkt der Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 NABEG konnte noch nicht davon ausgegangen werden, dass die technische Möglichkeit der Zusammenstellung der Oberflurschränke gegeben ist.

Darüber hinaus beruhen die Änderungen, welche sich auf Zuwegungen von Abtrommelplätzen beziehen, entweder auf der Sicherstellung der Befahrbarkeit der Abtrommelplätze oder auf Einwendungen, die die Baubarkeit der Zuwegungen gefährden.

3.1.3 Querungen

Das beantragte Kreuzungsbauwerk A2_289 war auf Grund eines geschützten Biotops im Querungsbereich bisher in geschlossener Bauweise vorgesehen. Nach erneuter umweltfachlicher Prüfung wurde eine Lücke innerhalb des Biotops identifiziert, die für eine Ausführung der Querung in offener Bauweise mit einem verschmälerten Arbeitsstreifen ohne Inanspruchnahme des Biotops genutzt werden kann.

Das beantragte Kreuzungsbauwerk A2_152 zur Querung einer Kreisstraße war bisher in offener Bauweise vorgesehen. Im Zuge der fortgeführten Planung wurde die offene Bauweise auf Grund einer benachbarten Autobahnzufahrt mit einem hohen Verkehrsaufkommen als nicht umsetzbar bewertet. Daher ist die Änderung des Kreuzungsbauwerks A2_152 von der beantragten offenen in eine geschlossene Bauweise erforderlich. Die neue Querung ist als HDD-Bohrung unterhalb der Kreisstraße vorgesehen.

Neben der Änderung von Bauweisen von Querungen sind darüber hinaus Änderungen an insgesamt 5 Umverlegeflächen zur Umverlegung von Mittelspannungsleitungen und somit zur Sicherstellung der Baubarkeit erforderlich.

3.1.4 LBP-Maßnahmenblätter

Im Landschaftspflegerischen Begleitplan wurde bei einer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme (ACEF 3.2) für die Haselmaus eine übermäßig lange Dauer der Flächensicherung eingetragen. Die Flächensicherung wird auf die mindestens erforderliche Anzahl von Jahren korrigiert.

3.1.5 Entwässerung

Auf Grund von Einwendungen ist im Vergleich zur bisher beantragten Planung die Änderung zweier Standorte von Einleitpunkten erforderlich. Bei einem Einleitpunkt ist ergänzend auch der Standort der dazugehörigen Versickerungsfläche abzuändern.

Darüber hinaus wurde bei der fortgeführten Planung basierend auf neuen Erkenntnissen der Baugrunduntersuchungen, die im Rahmen der Ausführungsplanung durchgeführt wurden, festgestellt, dass bei mehreren Kreuzungsbauwerken Teilbereiche oder ganzheitliche Bereiche für die Wasserhaltung fehlen. Diese werden im Zuge der Sicherstellung der Baubarkeit ergänzt.

3.1.6 Rechtserwerb

Auf Grund von neuen Rechtszuständen werden mit den hier beantragten Planungsänderungen auch zwei Flurneuordnungsverfahren mit aufgenommen. Diese werden im Zuge der hier beantragten Deckblattplanung in den relevanten Unterlagen berücksichtigt.

Ein weiteres Verfahren ist bereits Teil der Unterlagen gemäß § 21 NABEG, allerdings wurde ein durch das Vorhaben betroffenes Flurstück nicht in das beantragte Rechtserwerbsverzeichnis (REV) mit aufgenommen. Das Flurstück wurde nachträglich hinzugefügt.

Darüber hinaus kam es in einem Trassenbereich zu Flurstücksteilungen, die per Flurbereinigungsverfahren vorgenommen wurden. Im Sinne einer aktuellen Darstellung von Rechtszuständen wurden die neu gebildeten Flurstücke ebenfalls mit in die hier beantragte Planung eingebracht.

3.2 Kennzeichnung

Im Rahmen der Deckblattänderung werden einige Unterlagen angepasst. Die Verortung der Anpassungen kann Teil A1.4 entnommen werden. In den Unterlagen sind die Änderungen in blau markiert.

3.3 Planungsänderungen

Die durch die Änderungen betroffenen Planfeststellungsunterlagen sind in Teil A1.4 aufgelistet und werden in den folgenden Unterkapiteln näher erläutert.

3.3.1 Änderungen Trassierungstechnik sowie Entwässerung

3.3.1.1 Trassierungsänderungen

Ausgehend von der bisher beantragten Planung werden mit dem Deckblatt II Umtrassierungen an drei Kreuzungsbereichen beantragt. Im Rahmen der fortgeführten Ausführungsplanung sind zwei Umtrassierungen durch Restriktionen der DB Netz AG an den folgenden Kreuzungsbauwerken erforderlich:

- A2_027
- A2_121

Die für die o.g. Kreuzungen ursprünglich beantragten Querungsplanungen wurden in Absprache mit der DB Netz AG auf Grundlage der Bestandsdaten durchgeführt. Für das Kreuzungsbauwerk A2_027 ist eine Verschiebung der Leiterachse um ca. 5 m nach Westen erforderlich, da die DB Netz AG im Kreuzungsbereich die Standorte von Strommasten umverlegt. Die Inanspruchnahme von Flurstücken sowie die Fläche des Arbeitsstreifen bleiben von der Änderung unberührt. Die Fläche des Schutzstreifens im Bereich des Kreuzungsbauwerks A2_027 vergrößert sich infolge der Anpassung. Die Trassierungsänderungen erstreckt sich von Trassenkilometer km 27+900 bis Trassenkilometer km 28+140 (siehe Teil C2.3.2.18 – Lageplan).

Die Umtrassierung im Bereich von Kreuzungsbauwerk A2_121 resultiert aus einem zu geringen Abstand eines Verteilerkastens der DB Netz AG zu der bisher beantragten Vorzugstrasse. Im Zuge dessen wird die Leiterachse um ca. 7 m nach Norden verschoben. Während sich die Fläche des Schutzstreifens im Kreuzungsbereich durch die Änderung vergrößert, bleibt die Fläche des Arbeitsstreifens identisch. Durch die geringfügige Trassenverschiebung werden keine neuen Flurstücke beansprucht. Die Trassierungsänderung erstreckt sich von Trassenkilometer km 13+870 bis Trassenkilometer km 14+100 (siehe Teil C2.3.2.09 - Lageplan).

Die Klärung mit der DB Netz AG zu beiden Bereichen der Umtrassierung hat vollumfänglich stattgefunden.

Die dritte Trassierungsänderung betrifft den Bereich des Kreuzungsbauwerks A2_123. Für die Kreuzung war gemäß der bisher beantragten Planung eine geschlossene Bauweise vorgesehen.

Die im Zuge der parallel zum Planfeststellungsverfahren bearbeiteten Ausführungsplanung hat ergeben, dass eine geringe Umtrassierung der Leiterachse in Richtung Osten auf ein offenes Feld eine Bauweisenänderung des Kreuzungsbauwerks A2_123 von geschlossen zu offen ermöglicht. Die Änderung der Bauweise geht mit einem verringerten Arbeitsstreifen, dem Wegfall von BE-Flächen und dem Wegfall der nicht mehr erforderlichen Start- und Zielgruben einher, wodurch der temporäre Eingriff in die Umwelt reduziert wird. In der bisher beantragten Planung kreuzt Vorhaben V5 den verrohrten Grabenabschnitt und Vorhaben V5a den benachbarten offenen Graben in geschlossener Bauweise im HDD-Verfahren. Durch die Lageverschiebung wird eine ursprünglich für beide Vorhaben geschlossene Bauweise der Kreuzung unterhalb des offenen Grabens (V5a) und eines verrohrten Grabens (V5) hinfällig. Die Trassenführung der HGÜ-Trasse durch den offenen Graben kann vermieden werden, indem beide Vorhaben den verrohrten Graben im offenen Feld in offener Bauweise queren (siehe Teil C2.3.2.28 und C2.3.2.29 – Lagepläne).

Im Zusammenhang mit der Bauweisenänderung von Kreuzungsbauwerk A2_123 wird auch die dazugehörige K-Unterlage angepasst (siehe Teil K2.3.21 Unterlage zur Genehmigung von Anlagen an Gewässern – Graben zum Raßnitzer See (A2_123)). Im Zuge der Sicherstellung der Gewässerfunktion während des Bauablaufs wurde außerdem eine neue K-Unterlage für den Nachweis der Befreiung von Verboten in Gewässerrandstreifen erstellt (siehe Teil K2.4.2 Nachweis zur Befreiung von Verboten in Gewässerrandstreifen – Graben zum Raßnitzer See (A2_123)).

3.3.1.2 Kabelbezogene Änderungen

Im Vergleich zur bisher beantragten Planung werden auch kabelbezogene Änderungen vorgenommen. Die Änderungen des Themenschwerpunktes lassen sich in die folgenden Themen gruppieren:

- Anpassungen von Muffengruben und -standorten
- Umpositionierung von Oberflurschränken
- Neuplanung und Umverlegung von Zuwegungen zu Abtrommelplätzen
- Ergänzung von Arbeitsstreifen für Oberflurkabelzug

Anpassung der Größen und Standorte von Muffengruben

Im Rahmen der Detailplanung von Muffenstandorten ist aufgefallen, dass die Muffengrube A2_MG_Ef310 nahe der KMS gemäß der bisher beantragten Planung unterhalb eines Weges liegt, der ein höheres Verkehrsaufkommen besitzt als ursprünglich angenommen. Zur Vermeidung einer zu hohen Belastung der Muffe infolge des Verkehrs wurde der Standort in nordwestliche Richtung verschoben. Gleichzeitig geändert haben sich dadurch auch die der Muffe zugehörigen Omega-Schleifen sowie Oberflurschränke LWL-Ef310 und LWL-Ef310a (siehe Teil C2.3.2.31 und C2.3.2.32 – Lagepläne).

Eine weitere Anpassung der aktuell beantragten Planung ist bei Muffengrube A2_MG_E580 erforderlich. Grund ist die Überschreitung der maximal zulässigen Länge der Schirmanschlusskabel, die gemäß der bisher beantragten Planung vorliegt. Im Zuge dessen wird die Muffengrube um ca. 20 m in südwestlicher Richtung verlängert. Gleichzeitig geändert haben sich dadurch auch die der Muffe zugehörigen Omega-Schleifen sowie Oberflurschränke LWL-E580 und LWL-E580a (siehe Teil C2.3.2.58 und C2.3.2.59 – Lagepläne).

Umpositionierung von Oberflurschränken

Die Umpositionierung von Oberflurschränken beruht auf der Anpassung der Platzbedarfe, was zu einer erhöhten Akzeptanz der Flächeneigentümer infolge einer im Vergleich zur beantragten Planung geringeren dauerhaften Flächeninanspruchnahme führt.

Von der Änderung betroffen sind die Oberflurschränke der folgenden Muffengruben:

- E050 (siehe Teil C2.3.2.05 und C2.3.2.06 – Lagepläne)
- E120 (siehe Teil C2.3.2.12 und C2.3.2.13 – Lagepläne)
- Ef150 (siehe Teil C2.3.2.15 und C2.3.2.16 – Lagepläne)
- E180 (siehe Teil C2.3.2.19 – Lageplan)
- E210 (siehe Teil C2.3.2.21 und C2.3.2.22 – Lagepläne)
- E280 (siehe Teil C2.3.2.28 und C2.3.2.29 – Lagepläne)
- E340 (siehe Teil C2.3.2.34 und C2.3.2.35 – Lagepläne)
- E370 (siehe Teil C2.3.2.37 und C2.3.2.38 – Lagepläne)
- E400 (siehe Teil C2.3.2.40 und C2.3.2.41 – Lagepläne)
- E430 (siehe Teil C2.3.2.43 – Lageplan)
- Ef470 (siehe Teil C2.3.2.48 – Lageplan)
- E500 (siehe Teil C2.3.2.50 und C2.3.2.51 – Lagepläne)
- E530 (siehe Teil C2.3.2.53 und C2.3.2.54 – Lagepläne)
- E560 (siehe Teil C2.3.2.57 – Lageplan)

Neuplanung und Umverlegung von Zuwegungen zu Abtrommelplätzen

Im Vergleich mit dem bisher beantragten Planungsstand wurden vereinzelt Zuwegungen zu Abtrommelplätzen um- bzw. neugeplant.

Die Zuwegungen zu den folgenden Abtrommelplätzen werden angepasst:

- AP_300 (siehe Teil C2.3.3.30 – Wegekonzept Lageplan)
- AP_350 (siehe Teil C2.3.3.36.1 – Wegekonzept Lageplan)
- AP_410 (siehe Teil C2.3.3.42 – Wegekonzept Lageplan)
- AP_440 (siehe Teil C2.3.3.45 – Wegekonzept Lageplan)
- AP_510 (siehe Teil C2.3.3.52 – Wegekonzept Lageplan)
- AP_550 (siehe Teil C2.3.3.56 – Wegekonzept Lageplan)

Während die Zuwegung zum Abtrommelplatz AP_300 auf Grund von Einwendungen in Absprache mit den zuständigen kommunalen Entscheidungsträgern umverlegt wurde, beruht die Zuwegungsänderung von AP_440 auf Georisiken im Bereich der bisher beantragten Zuwegung. Die übrigen Änderungen von Zuwegungen (zu den Abtrommelplätzen AP_350, AP_410, AP_510 und AP_550) sind für die Sicherstellung der Befahrbarkeit erforderlich. Im Zuge dessen wurden Schleppkurven und Rangierflächen für die Kabeltransportfahrzeuge ergänzt oder erweitert.

Ergänzung von Arbeitsstreifen für Oberflurkabelzug

Für den Kabelzug ausgehend von Abtrommelplatz AP_440 hin zur Muffengrube D440a ist ein oberirdischer Transport der Kabel mittels Rollen vorgesehen. Der dazu erforderliche Arbeitsstreifen bei Trassenkilometer km 69 +310 bis Trassenkilometer km 69 +320 zwischen den Alleeebäumen und auf der Straße wurde bei der bisher beantragten Planung nicht berücksichtigt. Im Zuge der Sicherstellung der technischen Machbarkeit des Oberflurkabelzugs wurde der Arbeitsstreifen in 4 Teilbereichen, jeweils zwischen Alleeebäumen gelegen, erweitert (siehe Teil C2.3.2.44 und C2.3.2.45– Lagepläne).

3.3.1.3 Querungen

Änderung der Bauweise von geschlossen zu offen

Gemäß bisher beantragter Planung war für eine Kreuzung auf Grund der Lage eines geschützten Biotops im Querungsbereich eine geschlossene Bauweise vorgesehen. Im Zuge von Trassenbegehungen für die Ausführungsplanung wurde bei dem zu kreuzenden Biotop eine Lücke identifiziert, die für eine offene Bauweise ohne Inanspruchnahme des Biotops genutzt werden kann. Die dazu erforderliche umweltfachliche Prüfung ist bereits erfolgt.

Folgendes beantragtes Kreuzungsbauwerk ist von der Änderung betroffen:

- A2_289:
 - Energieversorgungsfreileitung
 - Feld-, Wald- oder Privatweg
 - Trinkwasserleitung
 - Gesetzlich geschützte Allee gem. § 21 NatSchG LSA (Obstbaumreihe)

Unter Ausnutzung der Lücke im Baumbestand wird die Bauweise von geschlossen in eine offene Form geändert (siehe Teil C2.3.2.45 – Lageplan). Neben einem schnelleren und kostengünstigeren Bauablauf ist die geplante Änderung mit einer Anpassung der Flächeninanspruchnahme (Schutz- und Arbeitsstreifen) verbunden, die unter Berücksichtigung der Eingriffsminderung umgesetzt wird (kein Eingriff in die gesetzlich geschützte Allee).

Änderung der Bauweise von offen zu geschlossen

Gemäß bisher beantragter Planung war für eine Kreuzung eine offene Bauweise vorgesehen. Im Zuge der fortgeführten detaillierteren Planung wurde die Kreuzungsplanung auf Grund einer angrenzenden Autobahnzufahrt in Verbindung mit einem an der Stelle erhöhten Verkehrsaufkommen als nicht umsetzbar bewertet.

Folgendes beantragte Kreuzungsbauwerk ist von der Änderung betroffen:

- A2_152:
 - Kreisstraße
 - TK-Erdleitung
 - Energieversorgungserdleitung

Um potenzielle Behinderungen des Straßenverkehrs während der Bauzeit des Kreuzungsbauwerks zu vermeiden, wird die Bauweise von offen in eine geschlossene Form geändert (siehe Teil C2.3.2.03 – Lageplan). Die neue Querung ist als HDD-Bohrung unterhalb der Straße vorgesehen.

Änderung an Umverlegeflächen

Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit werden mehrere von der HGÜ-Trasse zu querende Mittelspannungsleitungen teilweise tiefer- oder umverlegt. Hierfür wurden in der bisher beantragten Planung Flächen zur Umverlegung vorgesehen, wovon einige im Zuge der fortgeschrittenen Planung geändert werden müssen.

Folgende Umverlegeflächen sind von der Änderung betroffen:

- A2_UMF_024 (siehe Teil C2.3.2.17 – Lageplan)
- A2_UMF_088 (siehe Teil C2.3.2.53 – Lageplan)
- A2_UMF_152 (siehe Teil C2.3.2.03 – Lageplan)
- A2_UMF_347 (siehe Teil C2.3.2.04 – Lageplan)
- A2_UMF_349 (siehe Teil C2.3.2.26 – Lageplan)

Im Vergleich mit dem beantragten Planungsstand wurde eine Umverlegefläche hinzugefügt (A2_UMF_024), ein Teilbereich einer beantragten Fläche entfernt (A2_UMF_088) und drei weitere Flächen erweitert bzw. geometrisch verändert (A2_UMF_152, A2_UMF_347 und A2_UMF_349).

3.3.1.4 Entwässerung

Im Vergleich zur beantragten Planung sind auch Änderungen hinsichtlich der Entwässerung erforderlich. Zum einen ist auf Grund von Einwendungen die Änderung zweier Standorte von Einleitpunkten inklusive ihrer Wasserableitflächen erforderlich.

Der Einleitpunkt E-A2-52.1g inklusive der dazugehörigen Versickerungsfläche liegt laut derzeit beantragtem Planungsstand in Kötzschau bei Trassenkilometer km 53 +300 im Bereich einer Pferdekoppel eines Einwenders. Der Einleitpunkt und die Versickerungsfläche wurden daher ca. 270 m in Richtung Süden auf den Randbereich einer Ackerfläche verschoben. Die beantragten Flächen zur Wasserableitung und für die Zuwegung zum Entwässerungsbereich wurden entsprechend mit umverlegt (siehe Teil C2.3.2.34 – Lageplan). Auf Basis der Änderung wurde der den Einleitpunkt betreffende Antrag auf Erlaubnis zur Gewässerbenutzung gem. §§ 8 ff. WHG (siehe Teil K3.1.14: WHB-A2-52-1 - Hangbereich bei Kötzschau) angepasst.

Der Standort des Einleitpunkt E-A2-03.1, der eine Entwässerung über einen Begleitgraben nahe der Autobahn A14 in die Plötze sicherstellen sollte, befindet sich bei Trassenkilometer km 3 +400 und würde gemäß einer Einwendung der Autobahn GmbH dafür sorgen, dass das Wasser in ein Regenrückhaltebecken der Autobahn fließt. Aus diesem Grund wurde der Einleitpunkt ca. 400 m in Richtung Nord-Westen an den Dalenaer Bach verschoben. Die zum Einleitpunkt dazugehörige Wasserableitfläche wurde gemäß seiner neuen Lage ebenfalls verändert (siehe Teil C2.3.2.03 – Lageplan). Auf Basis der Änderung wurde der den Einleitpunkt betreffende Antrag auf Erlaubnis zur Gewässerbenutzung gem. §§ 8 ff. WHG (siehe Teil K3.1.32: WHB-A2-03.1 – Querung K2121 bei AS Löbejün) angepasst.

Darüber hinaus wurde bei der fortgeführten Entwässerungsplanung festgestellt, dass bei mehreren Kreuzungsbauwerken Teilbereiche oder ganzheitliche Bereiche für die Wasserhaltung zu ergänzen sind. Die Erforderlichkeit der zusätzlichen Bereiche zur Wasserhaltung wurde erst im Rahmen der Erkundungskampagne zur Ausführungsplanung festgestellt und war somit vor Einreichung der beantragten Planung nicht bekannt. Folgende ergänzende Wasserhaltungsbereiche bzw. Teilbereiche (mit Verweis auf die angepasste oder neu erstellte K-Unterlage) werden im Zuge der Sicherstellung der Baubarkeit zusätzlich beantragt:

- WHB-A2-36.01-3/4 – Erweiterung der Wasserhaltung um zusätzliche Teilbereiche (Anpassung einer bereits beantragten Planunterlage, siehe Teil K3.1.39: WHB-A2-36.1 – Grabenbereich westl. von Gröbers)
- WHB-A2-33.02 – Ergänzung eines Wasserhaltungsbereiches (Neuerstellung einer Planunterlage, siehe Teil K3.1.54: WHB-A2-33.02 – Bereich nördlich K2144 Naundorfer Straße)
- WHB-A2-34.01 – Ergänzung eines Wasserhaltungsbereiches (Neuerstellung einer Planunterlage, siehe Teil K3.1.55: WHB-A2-34.01 – Graben südlich Naundorf)
- WHB-A2-36.02 – Ergänzung eines Wasserhaltungsbereiches (Neuerstellung einer Planunterlage, siehe Teil K3.1.56: WHB-A2-36.02 – Querung Bahnstrecke bei Bendorf)
- WHB-A2-50.01 – Ergänzung eines Wasserhaltungsbereiches (Neuerstellung einer Planunterlage, siehe Teil K3.1.57: WHB-A2-50.01 – Bereich nördlich Schladerbacher Graben)
- WHB-A2-87.02 – Ergänzung eines Wasserhaltungsbereiches (Neuerstellung einer Planunterlage, siehe Teil K3.1.58: WHB-A2-87.02 – Bereich Thiersbacher Höhe)

3.3.2 Umweltauswirkungen der Änderungen

Die mit den geplanten Änderungen verbundenen Auswirkungen auf die Schutzgüter gem. UVPG werden im UVP-Bericht (Teil F) und die vorhabenbedingten (erheblichen) Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Teil I) beschrieben und bewertet. Die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange für Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie sowie europäische Vogelarten gemäß Artikel 1 der VSch-RL erfolgt im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (Teil H).

Verbunden mit zusätzlichen Flächeninanspruchnahmen durch neue Zuwegungen, Erweiterungen oder Änderungen von Zuwegungen, neue Umverlegeflächen von Mittelspannungsleitungen, die Änderung der geschlossenen Bauweise für das Bauwerk A2_123 in offene Bauweise sowie die Änderung der offenen Bauweise für das Kreuzungsbauwerk A2_152 in geschlossene Bauweise sind zusätzliche kleinräumige baubedingte Konflikte im Bereich von Ackerflächen, Grünland sowie Stauden- und Ruderalfluren. Durch die teilweise Zusammenlegung von Oberflurschränken reduziert sich die anlagebedingte Beeinträchtigung von Schutzgütern durch dauerhafte Versiegelung.

Die Änderungen der Entwässerungsplanung führen nicht zu Änderungen der erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen auf Schutzgüter gem. UVPG und damit nicht zu Änderungen erheblicher Beeinträchtigungen im Sinne der Eingriffsregelung gem. BNatSchG. Für Gutachten aus anderen rechtlichen Bestimmungen - Natura 2000-Verträglichkeitsuntersuchung, Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag sowie Fachbeitrag WRRL - führen die mit dem Deckblatt II beabsichtigten Planungsänderungen nicht zu einer Änderung deren Ergebnisse.

3.3.3 LBP-Maßnahmenblätter

Im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen innerhalb des Landschaftspflegerischen Begleitplans wurden für die Haselmaus bei der beantragten Planung eine Dauer der Flächensicherung von 25 Jahren eingetragen (siehe Teil I2 – Maßnahmenblätter zu Schutzgütern des LBP, Kapitel 4.4 – ACEF 3.2 – Optimierung von Habitaten der Haselmaus). Eine Dauer von 5 Jahren ist hingegen ausreichend, sodass die Zahl in der o.g. Unterlage geändert wird.

Darüber hinaus erfolgte ein Abgleich zwischen den LBP-Maßnahmenblättern und den Maßnahmenplänen des LBP zu den Schutzgütern Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt. Dabei wurden redaktionelle Änderungen wie fehlende/falsche km-Angaben, Blattnummern oder Flurstücksnummern oder Ergänzungen in den Maßnahmenbeschreibungen vorgenommen (V 1, VAR 5.1/VFFH 5.1, VAR 7.1, VAR 8.2, VAR 9.1, VAR 9.2, VAR 11/ VFFH 11, VAR 12, VAR 17, VAR 18, V 21, V 26, ACEF 1, ACEF 3.1, ACEF 4, A 13, A 14, A/E 20).

3.3.4 Rechtserwerb

Auf Grund von neuen Rechtszuständen im Zusammenhang mit zeitlich parallellaufenden privatrechtlichen Verhandlungen werden mit den hier beantragten Planungsänderungen zwei Flurneuordnungsverfahren mit aufgenommen.

Das erste Verfahren betrifft die Gemeinde Edlau bei Könnern im Salzlandkreis. Der seit September 2022 gültige Rechtszustand ist Ergebnis eines Bodenordnungsverfahrens. Neben der Neuordnung der Flurstücke im REV ist die neue Anordnung der Flurstücke in den folgenden Rechtserwerbsplänen abgebildet:

- D3.1
- D3.2
- D3.1.1

Das zweite Flurneuordnungsverfahren betrifft zum einen Granschütz, ein Ortsteil der Stadt Hohenmölsen im Burgenlandkreis und zum anderen das benachbarte Zorbau, ein Ortsteil der Stadt Lützen, welches ebenfalls im Burgenlandkreis gelegen ist. Die Neuordnung der Flurstücke ist sowohl im REV als auch in den folgenden Rechtserwerbsplänen dargestellt:

- D3.43
- D3.44
- D3.45

- D3.46
- D3.42.1
- D3.43.1
- D3.45.1

Ein weiteres Verfahren zur Flurneuordnung ist bereits Teil der Unterlagen gemäß § 21 NABEG, allerdings wurde ein durch das Vorhaben betroffenes Flurstück nicht in das beantragte REV mit aufgenommen. Es handelt sich um das Flurstück 363, Flur 5 der Gemarkung Wallwitz in der Gemeinde Petersberg im Saalekreis. Im Zuge einer vollständigen Flächensicherung wird das Flurstück nachträglich mit in das REV aufgenommen.

Außerdem mit in die hier beantragte Änderungsplanung aufgenommen wurden Flurstücksteilungen in der Gemeinde Kötzschau, einem Ortsteil der Stadt Leuna im Saalekreis. Auf Grund von zeitlich parallelaufenden privatrechtlichen Verhandlungen wurden die neuen, aus einem Flurbereinigungsverfahren hervorgehenden Flurstücke in dem hier beantragten Planänderungspaket mitberücksichtigt. Die Neuordnung der Flurstücke ist sowohl im REV als auch in den folgenden Rechtserwerbsplänen dargestellt:

- D3.36
- D3.35.1
- D3.36.1

Neben der Darstellung der neuen Flurstücke in den oben genannten Rechtserwerbsplänen sind die Flächen auch in den entsprechenden Lageplänen (Teil C2.3.2) und den Wegekonzept Lageplänen (Teil C2.3.3) dargestellt.

Abkürzungsverzeichnis

50Hz	50hertz Transmission GmbH
μT	Microtesla
A2	Abschnitt A2
Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
AC	Bezeichnung für Wechselstrom (engl. alternating current)
AFB	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
AT	Arbeitstage
B	Bundesstraße
BAB	Bundesautobahn
BBPI	Bundesbedarfsplan
BFP	Bundesfachplanung
BNetzA	Bundesnetzagentur
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
CEF	Continuous Ecological Functionality, vorgezogene Ausgleichsmaßnahme i.S.v. § 44 Abs. 5 BNatSchG
dB	Dezibel (Verhältniszahl)
dB(A)	Schalldruckpegel, Messgröße zur Bestimmung der Stärke von Geräuschpegeln
DC	Gleichstrom (engl. direct current)
DIN	Deutsche Industrie-Norm
DIN	EN Standard für Vereinheitlichung (Deutsches Institut für Normung)
DTK	Digitale Topografische Karte
DVGW	Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e. V.
DWA	Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V.
DWA-A	DWA-Arbeitsblatt
DWA-M	DWA-Merkblatt
EE	Erneuerbare Energien
EG	Europäische Gemeinschaft
EK	Erdkabel
EN	Europäische Norm
EU	Europäische Union
FFH	Flora-Fauna-Habitat
FL	Freileitung
fTK	festgelegter Trassenkorridor
Gw	Grundwasser
GW	Gigawatt (1.000.000.000 W), Einheit der elektrischen Leistung
GWK	Grundwasserkörper
GZ	Grünlandzahl
ha	Hektar
HDD	Horizontalspülbohrverfahren (engl. horizontal directional drilling)
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
HV	High Voltage (dt. Hochspannung) vergleiche HVAC / HVDC
HVAC	High Voltage Alternating Current (Hochspannungswechselstrom)
HVDC	High Voltage Direct Current (Hochspannungsgleichstrom)
Hz	Hertz, Einheit für die Frequenz
i.S.v.	im Sinne von
KAS	Kabelabschnittsstation
kf-Wert	Durchlässigkeitsbeiwert
km	Kilometer

KMS	Kabelmonitoringstation
KSR	Kabelschutzrohr
KÜS	Kabelübergangsstation
kV	Kilovolt (1.000 V)
LBP	Landschaftspflegerischer Begleitplan
LED	Leuchtdiode (engl. Light-emitting diode)
LfA	Landesamt für Archäologie Sachsen
LMBV	Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft
m	Meter
MLM	Mindestlichtmaß
mm	Millimeter
mT	Millitesla (Einheit der magnetischen Flussdichte)
MW	Megawatt
Natura2000	Natura 2000 ist der Name für ein europaweites Netz von nach EU-Recht geschützten besonderen Schutzgebieten. Natura 2000 umfasst die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung nach der FFH-Richtlinie sowie die Schutzgebiete nach der EUVogelschutzrichtlinie. Kohärentes Netz besonderer Schutzgebiete innerhalb der EU (FFH- und SPA-Gebiete).
NEP	Netzentwicklungsplan
NHN	Normal-Höhen-Null
OWK	Oberflächenwasserkörper
PCI	Projects of Common Interest - Vorhaben von gemeinsamem Interesse
PF	Planfeststellung
PFA	Planfeststellungsabschnitt
PFV	Planfeststellungsverfahren
REV	Rechtserwerbsverzeichnis
Ril	Richtlinie
RL	Rote Liste
SOL	SuedOstLink
t	Tonnen
TLDA	Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie
TWh	Terawattstunde
UR	Untersuchungsraum
ÜNB	Übertragungsnetzbetreiber
V	Volt
VHT	Vorhabenträger
VO	Verordnung
VT	Vorzugstrasse
WSG	Wasserschutzgebiet
Ziff.	Ziffer